

zum Kreistag am 20.05.2019, TOP 7

Hinweis für die Presse: Bitte nicht vor dem Sitzungstermin veröffentlichen.

Landkreis Ebersberg

Ebersberg, 09.05.2019

Az.

Zuständig: Simone Riedl, ☎ 08092-823-268

Vorgesehene Beratungsreihenfolge

Kreistag am 20.05.2019, Ö

Haushalt 2018; Zusammenfassung aus den Berichten der Fachausschüsse über das Jahresergebnis 2018

Sitzungsvorlage 2018/3340

I. Sachverhalt:

Diese Angelegenheit wurde bereits behandelt im

ULV-Ausschuss am 19.03.2019, TOP 3 Ö

LSV-Ausschuss am 27.03.2019, TOP 3 Ö

Jugendhilfeausschuss am 04.04.2019, TOP 5 Ö

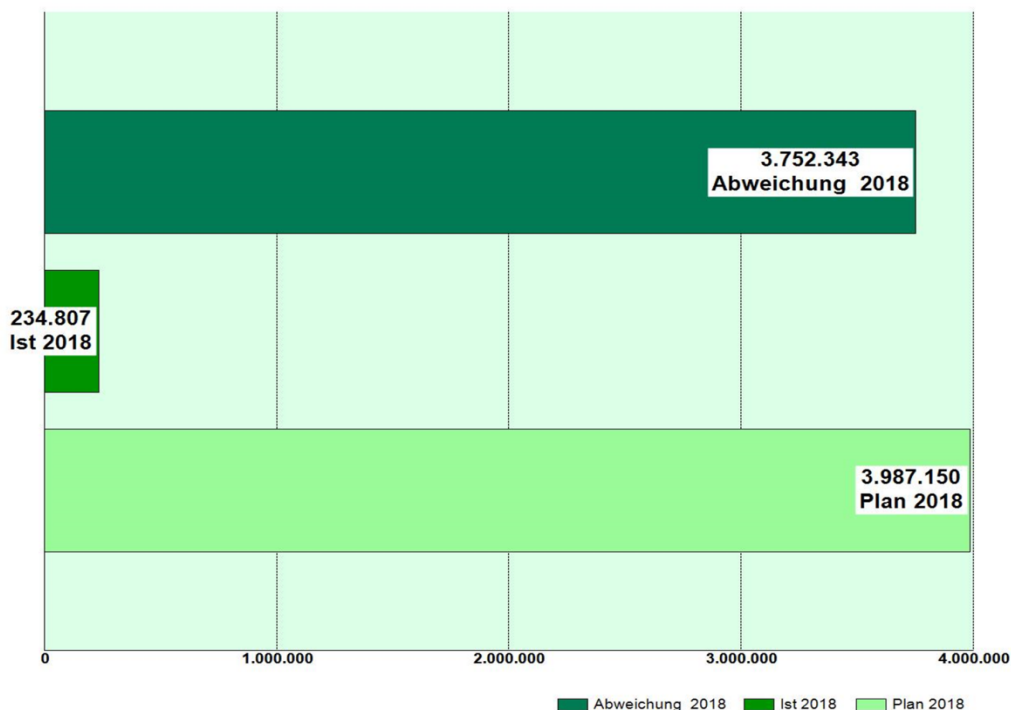
SFB-Ausschuss am 10.04.2019 TOP 4 Ö

Kreis- und Strategieausschuss am 06.05.2019 TOP 6 Ö

Dem Kreistag wird im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung eine Zusammenfassung der Jahresergebnisse aus den Fachausschüssen kompakt dargestellt. Die ausführlichen Diskussionen fanden in den Fachausschüssen statt. Nachdem der Jahresabschluss bereits in der Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses am 06.05.2019 behandelt und der örtlichen Revision zur Prüfung weitergeleitet wurde, stellt dieser Bericht bereits das endgültige Jahresergebnis 2018 dar.

1. ULV-Ausschuss – Beratung am 19.03.2019, TOP 3 Ö

1.1. Investitionen (Stand: 30.04.2019):



Der Mittelabfluss bei den Investitionen liegt im Auswertungszeitraum seit 2006 immer deutlich unter der Planung, wie die nachfolgende Darstellung zeigt:

	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan
2006	2.510.010	959.330	-1.550.680	38,22%
2007	3.288.175	422.273	-2.865.902	12,84%
2008	3.449.420	731.773	-2.717.647	21,21%
2009	3.092.710	362.408	-2.730.302	11,72%
2010	2.794.300	1.002.262	-1.792.038	35,87%
2011	3.014.500	1.468.377	-1.546.123	48,71%
2012	1.957.700	671.673	-1.286.027	34,31%
2013	2.240.350	1.172.112	-1.068.238	52,32%
2014	1.940.571	1.057.731	-882.840	54,51%
2015	1.472.521	491.172	-981.349	33,36%
2016	2.192.320	313.297	-1.879.023	14,29%
2017	2.135.900	7.046	-2.128.854	0,33%
2018	3.987.150	234.807	-3.752.343	5,89%

Von den für das Jahr 2018 veranschlagten Mittel für Investitionen von 3.987.150 € wurden 234.807 € ausgeschöpft. Damit wurde lediglich rund 6 % der geplanten investiven Mittel in Anspruch genommen. Der Ausschöpfungsgrad ist ähnlich niedrig wie auch schon in den letzten Jahren.

Ein wesentlicher Grund für den geringen Ausschöpfungsgrad der Investitionen im Jahr 2018 liegt in der Verwendung von Investitionszuschüssen in Höhe von insgesamt 1.185.253 €, wovon 1.070.000 € aus den Mitteln der Investitionspauschale stammen.

Die Investitionskostenpauschale des Freistaats Bayern, die dem Landkreis im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs auf Grundlage des Art. 12 Finanzausgleichsgesetz (FAG) zur freien Verwendung für die Finanzierung von Investitions-, Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen gewährt werden, wurde im ULV-Ausschuss für folgende Maßnahmen verwendet:

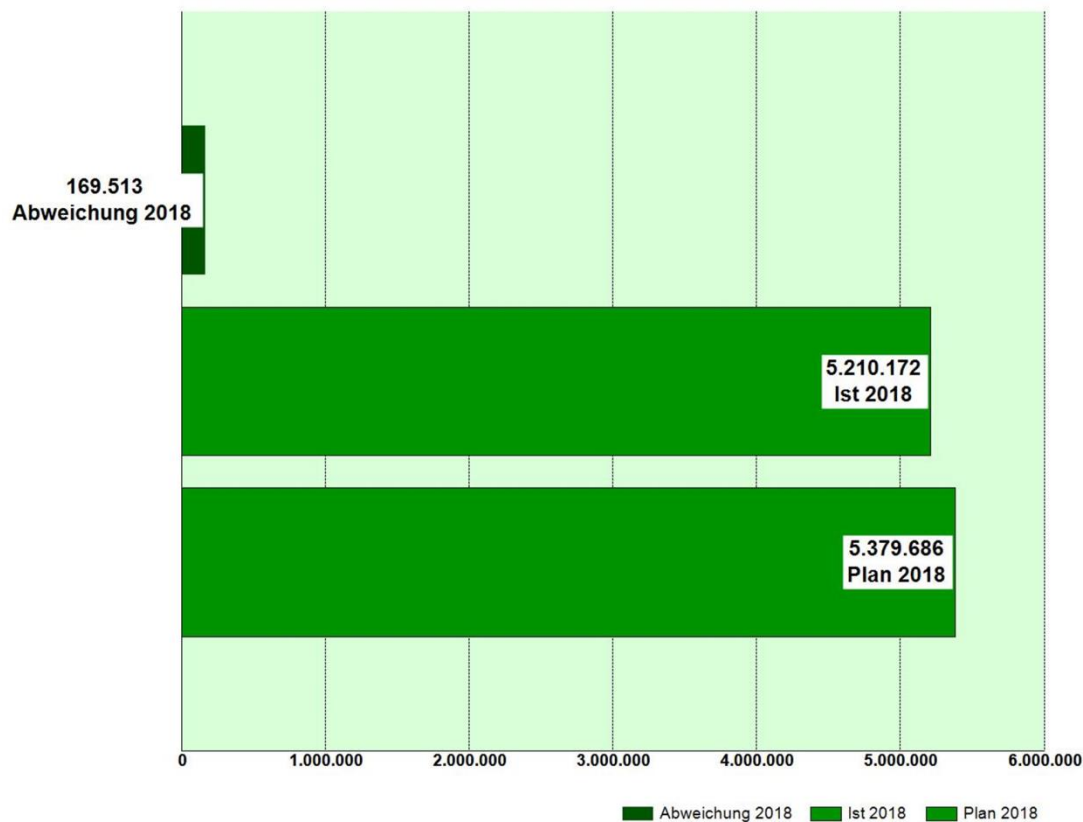
910-0001	Kleingeräte, Kleinmaßnahmen	150.000 €
910-0004	Sommerdienst: Absaug-, Randstreifenmähergeräte	20.000 €
910-08-004	EBE 8: Umbau der Kreuzung /St2089	50.000 €
910-20-012	EBE20: Sanierung von Steinhöring bis EBE6	850.000 €

Ohne Einbezug der zur Haushaltplanung 2018 noch nicht feststehenden Verwendung dieser pauschalen Zuweisungen für Straßenbaumaßnahmen ergibt sich 2018 ein Investitionsvolumen von 1.304.807 € (Ausschöpfung des Budgets: 33 %).

Wesentliche Ursachen für die Abweichung beim Mittelabfluss sind – wie in jedem Jahr - die Straßenbauinvestitionen.

Die größten Planabweichungen ergaben sich beim EBE 20: Sanierung von Steinhöring bis EBE 6 (- 998.075 €, v.a. wegen Zuordnung der Investitionspauschale in Höhe von 850.000 €), bei der EBE 9: Ausbau zwischen. Haging u. Jakobneuh. b. Schaurach (- 880.000 €) sowie bei der EBE18: Ausbau Markt Schwaben – Landkreisgrenze (- 638.767 €).

1.2. Ergebnisrechnung (Stand: 30.04.2019):



Diese Grafik zeigt das Ergebnis ohne die Kommunale Abfallwirtschaft (KAW) zum Stand 30.04.2019.

Entwicklung der Ergebnisse:

	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung %
2008	4.207.388	3.895.559	-311.829	-7,4%
2009	4.392.830	3.694.714	-698.116	-15,9%
2010	4.399.709	3.802.136	-597.573	-13,6%
2011	4.271.995	4.793.876	521.882	12,2%
2012	4.063.851	4.524.151	460.300	11,3%
2013	4.236.138	3.453.092	-783.046	-18,5%
2014	4.482.509	3.796.468	-686.041	-15,3%
2015	4.761.166	4.247.038	-514.127	-10,8%
2016	4.754.990	4.545.631	-209.359	-4,4%
2017	4.899.431	4.843.676	-55.755	-1,1%
2018	5.379.686	5.210.172	-169.513	-3,2%

Wie in den vergangenen zwei Jahren war das Ergebnis im Jahr 2018 mit einer Unterschreitung von 169.513 € bzw. 3,2 % sehr treffsicher.

Die Betrachtung der einzelnen Kostenstellen zeigt dagegen sehr heterogene Ergebnisse. Hauptursächlich für das gute Ergebnis ist die Schülerbeförderung (- 173.201 €) sowie der ÖPNV (- 290.886 €). Demgegenüber sind in der Gesamtbetrachtung bei einigen Kostenstel-

len des ULV-Ausschusses wie etwa dem Bauamt oder der Kfz-Zulassungsstelle auch höhere Budgetüberschreitungen festzustellen.

Die Kommunale Abfallwirtschaft als kostenrechnende Einrichtung wird nicht über die Kreisumlage, sondern über Gebühren der Benutzer finanziert.

Der ULV-Ausschuss hat den Gesamtplan in Höhe von 5.379.686 € um **169.513 € unterschritten**, das sind 3,2%. Das Budget des ULV-Ausschusses beanspruchte 2018 insgesamt 9 % der kompletten Ergebnisrechnung, die über die Kreisumlage zu finanzieren ist.

1.3. Steuerungsmöglichkeiten

Der Bereich Wirtschaftsförderung/ Regionalmanagement ist eine freiwillige Leistung des Landkreises in einem Planvolumen von gut 280.000 € jährlich. Auch im Bereich ÖPNV handelt es sich größtenteils um freiwillige Beförderungsleistungen, in diesem Bereich können die Kosten durch eine Steigerung des Kostendeckungsgrades (= Erhöhung der Attraktivität) oder Änderungen in der Linienführung (mehr Fahrgäste) reduziert werden. Die politische Steuerung in diesem Bereich ist vorbildlich und hat dazu geführt, dass der Kostendeckungsgrad seit 2002 (in diesem Jahr betrug er 25,5 %) auf 50,60 % (2016) gesteigert werden konnte.

Im staatlichen Aufgabenbereich beschränken sich die Steuerungsmöglichkeiten des Kreistages auf die Personalausstattung, die Aufgaben sind vorgegeben und nicht steuerbar. Der Freistaat Bayern ist von den Landräten mit Unterstützung durch den Bayerischen Landkreistag aufgefordert, die Staatsaufgaben an den staatlichen Landratsämtern besser zu finanzieren. Das gilt sowohl für die Einhaltung der Personalquoten als auch für eine generelle Verbesserung bei den Finanzausgleichszahlungen.

1.4. Ausblick auf die künftige Entwicklung

ULV-Ausschuss (ohne Kommunale Abfallwirtschaft):

Ist			Ist	Plan	Veränderung Ist 2017 zu vorl. Ist 2018	Veränderung vorl. Ist 2018 zu Plan 2019
2015	2016	2017	2018	2019		
4.247.038	4.545.631	4.843.676	5.210.172	5.914.170	366.497	703.998

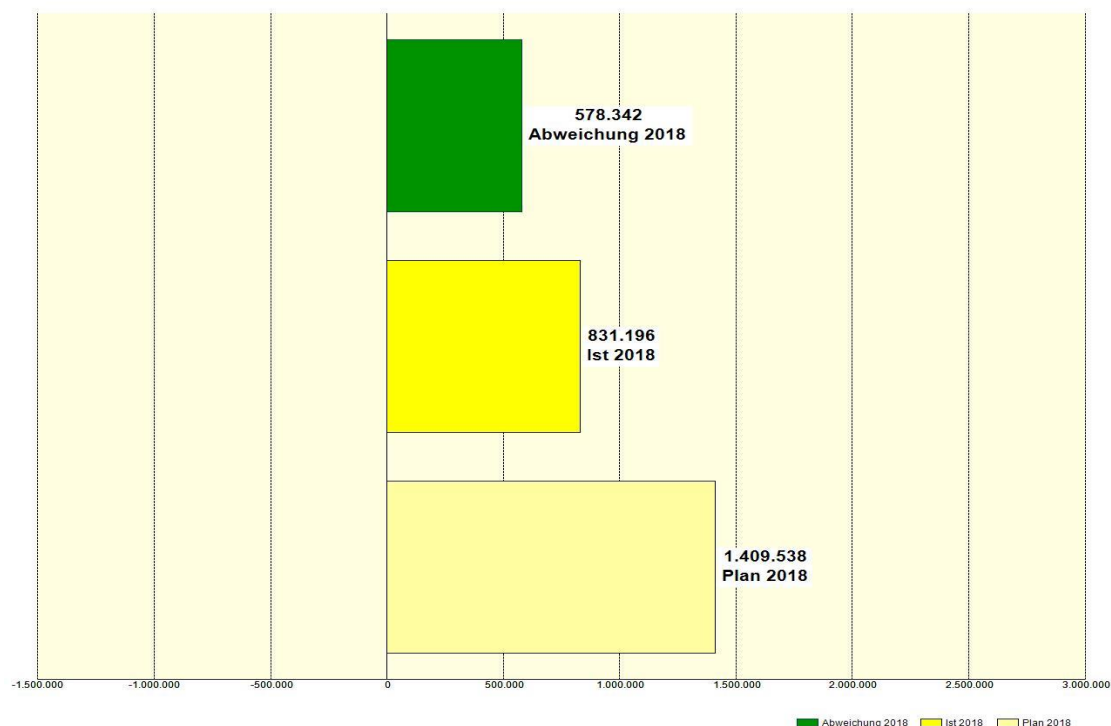
Der Planansatz 2019 wurde mit 703.998 € über dem Ergebnis des Haushaltsjahres 2018 veranschlagt und spiegelt mit einer Erhöhung um 13,5 % den steigenden Trend des Teilbudgets in den letzten Jahren wider.

Anhand der Entwicklung der vergangenen Jahre ist darüber hinaus ersichtlich, dass das Ergebnis des ULV-Ausschusses höchst heterogen zu beurteilen ist, was maßgeblich von den Themen ÖPNV und Schülerbeförderung beeinflusst wird. In diesen Bereichen sind, wie die Entwicklung der Vorjahre regelmäßig zeigte, Planabweichungen sowohl positiver als auch

negativer Art von mehreren 100.000 € möglich. Zugleich stellen die Einnahmen aus überlassenen Kostenaufkommen im staatlichen Bereich aus Genehmigungsverfahren aber auch der Eingriffsverwaltung in der Regel einen sehr unsicheren Faktor dar, der von zahlreichen gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen beeinflusst wird.

2. SFB-Ausschuss – Beratungen am 10.04.2019, TOP 4 Ö

1.1. Investitionen komplett (Teilbudgets 040|045) Stand 30.04.2019

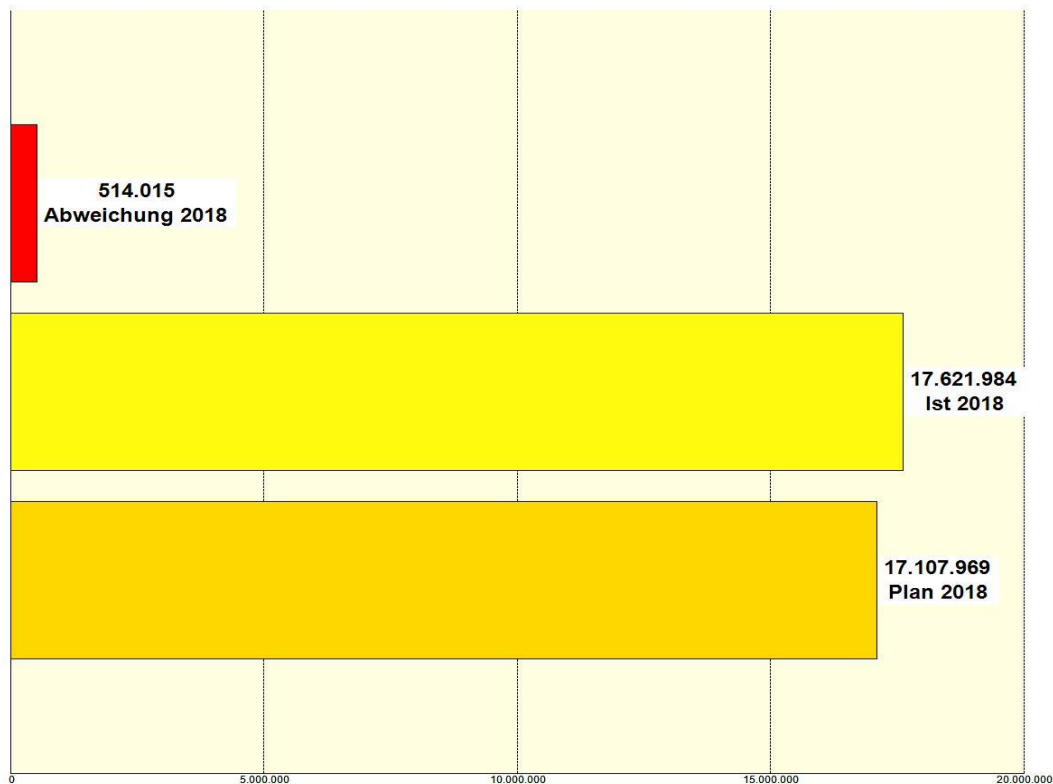


Der Mittelabfluss bei den Investitionen stellt sich seit dem Jahr 2008 wie folgt dar:

	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan %
2008	1.139.095	985.529	-153.566	86,52%
2009	2.606.387	1.537.376	-1.069.011	58,99%
2010	2.385.050	354.524	-2.030.526	14,86%
2011	3.735.340	5.176.302	1.440.962	138,58%
2012	1.718.680	1.145.426	-573.254	66,65%
2013	560.910	373.808	-187.102	66,64%
2014	1.285.420	1.323.552	38.132	102,97%
2015	3.320.344	2.481.637	-838.707	74,74%
2016	5.147.039	5.096.914	-50.125	99,03%
2017	2.154.550	1.544.205	-610.345	71,67%
2018	1.409.538	831.196	-578.342	58,97%

Der SFB-Ausschuss hat den Gesamtplan der Investitionen in Höhe von 1.409.538 € **um 578.342 € unterschritten**, das sind 41 %.

2.2 Ergebnisrechnung komplett (Teilbudgets 040|045) Stand 30.04.2019



Die Ergebnisse zeigen seit Beobachtung folgendes Bild:

	Plan	Ist	Abweichung	Abw. in %
2008	14.842.924	13.361.262	-1.481.662	-10,0%
2009	14.965.634	15.434.034	468.399	3,1%
2010	15.593.474	15.491.917	-101.557	-0,7%
2011	15.471.390	15.068.353	-403.037	-2,6%
2012	14.060.789	14.624.933	564.144	4,0%
2013	14.940.472	15.310.934	370.463	2,5%
2014	14.954.411	15.482.796	528.385	3,5%
2015	16.263.237	18.298.234	2.034.997	12,5%
2016	17.671.521	15.398.488	-2.273.032	-12,9%
2017	18.099.595	16.405.526	-1.694.068	-9,4%
2018	17.107.969	17.621.984	514.015	3,0%

Der SFB-Ausschuss hat den Gesamtplan in Höhe von 17.107.969 € um **514.015 € überschritten**, das sind 3 %.

Das Budget des SFB-Ausschusses beansprucht 31 %, also fast ein Drittel des kompletten Budgets der **Ergebnisrechnung**. Es ist damit das größte Teilbudget im Kreishaushalt. Die Verwerfungen in diesem Budget innerhalb der letzten 3 Jahre sind beträchtlich und auf den Bereich Asyl zurückzuführen. Es zeigten sich in diesen Jahren wesentliche Planungsunsicherheiten. Während 2015 die Überschreitung bei fast 13 % lag, lag sie 2016 um fast den gleichen Prozentsatz darunter. Auch 2017 kam es in der detaillierten Betrachtung bei einigen

Kostenstellen zu erheblichen Ergebnisabweichungen sowohl in positiver als auch negativer Hinsicht, was auch im Jahr 2018 wieder zu beobachten war.

Wie ein separater Blick auf das Budget der **Schulen** im Landkreis deutlich macht, resultiert rund die Hälfte der Budgetüberschreitung des SFB-Ausschuss in der Ergebnisrechnung aus diesem Bereich. Hier wurden die budgetierten Mittel von 1.646.633 € um **274.734 €** bzw. **16,7 %** überschritten.

2.3. Steuerungsmöglichkeiten

Sachgebiete:

Im Bereich des SFB-Ausschusses sind zahlreiche **freiwillige Leistungen** enthalten, die sowohl bezüglich ihrer Gewährung als auch ihrer Höhe nach gesteuert werden können. Es sind dies insbesondere die Leistungen an den EHC Klostersee, Vereinsförderungen, die Sport- und Kulturförderung, Aufgaben des Teams Demografie sowie die 2011 neu eingeführte Sozialarbeit an Schulen. Diese sogenannten „freiwilligen Leistungen“ leisten aber einen wichtigen Beitrag für die ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger im Landkreis. Die freiwilligen Leistungen finden sich auch wieder im Haushalt 2019 auf den Seiten 225 und 226. Für den SFB-Ausschuss haben sie ein Volumen von 3.046.777 € (Plan 2019).

Bei den **Unterkunftskosten** richten sich die Aktivitäten des Landkreises auf den verstärkten Bau von Sozialwohnungen. Hierzu hat der Kreistag in seiner Sitzung am 15.12.2014 eine Richtlinie zur Förderung verabschiedet, wonach in den nächsten 10 Jahren 1000 Sozialwohnungen gebaut werden sollen. Diese Aktivitäten werden nicht ausreichen, den enormen Bedarf – vor allem an günstigen Wohnraum – zu decken. Hinzu kommt, dass die Mieten enorm angestiegen sind, was sich sowohl im Sozialamt als auch im Jobcenter bei der Entwicklung der Transferleistungen bemerkbar macht. Dadurch werden die Kosten der Unterkunft auch ohne steigende Fallzahlen weiter steigen. Steuerungsmöglichkeiten ergeben sich allein durch die Bereitstellung von Wohnraum für einkommensschwache Haushalte. Aus diesem Grund haben der Landkreis Ebersberg, die Stadt Grafing und die Gemeinde Moosach das gemeinsame Kommunalunternehmen (gKU) Wohnbaugesellschaft Ebersberg gegründet, das mit Bekanntmachung der Unternehmenssatzung im Oberbayerischen Amtsblatt am 29.12.2016 entstanden ist. Satzungsmäßig festgelegter Zweck dieses Kommunalunternehmens ist die Planung, die Errichtung, die Verwaltung und die langfristige Vermietung von baulichen Anlagen zur Erfüllung kommunaler Aufgaben (grundsätzlich von Wohnungen für einkommensschwache Haushalte und anerkannte Flüchtlinge) sowie barrierefreier Wohnungen. Mit dem Gebäude in Grafing konnte im Jahr 2018 ein erstes Objekt mit 21 Wohnungen realisiert werden. Ein weiteres in Moosach wird 2019 errichtet.

Die Anerkennung von **Asylbewerbern** wird im Jobcenter zu steigenden Fallzahlen führen. Die Kosten der Unterkunft werden steigen, sobald anerkannte Asylbewerber nicht mehr in den staatlichen Unterkünften verbleiben können und die Rückrechnung der Kosten für sog. Fehlbeleger rechtlich entschieden ist.

Die **Grundsicherung** im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit dagegen belastet den Landkreis seit 2014 nicht mehr. Diese Kosten werden vollständig vom Bund übernommen.

Schulen:

Vom SFB-Ausschuss ist vorgegeben, dass es kein Ziel ist, vorrangig nach Einsparmöglichkeiten zu suchen, sondern nach Möglichkeiten die Wirtschaftlichkeit zu steigern. Die Steigerung der Wirtschaftlichkeit bedeutet nicht generell zu sparen, sondern sie bedeutet, Effizienz zu steigern (tun wir die Dinge richtig) als auch Effektivität (tun wir die richtigen Dinge). Hierzu werden Vergleiche durchgeführt. Mit Hilfe dieser Vergleiche ist es möglich, Sachmittel innerhalb der Schularten (Gymnasien, Realschulen, SFZ) zu vergleichen, sodass die Schulen voneinander im Sinne eines Benchmarkings profitieren. Dazu trägt z.B. nun auch die transparente Darstellung der Kopierkosten pro Schüler bei. Neben den regelmäßigen dezentralen Controllinggesprächen (seit 2017 durch den Fachbereich Bildung im Sachgebiet Bildung und IT) werden zunehmend auch Austauschtreffen organisiert (insbesondere Schulbesuche und das auf Initiative von Landrat Robert Niedergesäß jährlich stattfindende Landkreisschulforum sowie Schulleiterdialog), um mit den Schulen sowie die Schulen untereinander in regelmäßigen Kontakt zu bringen.

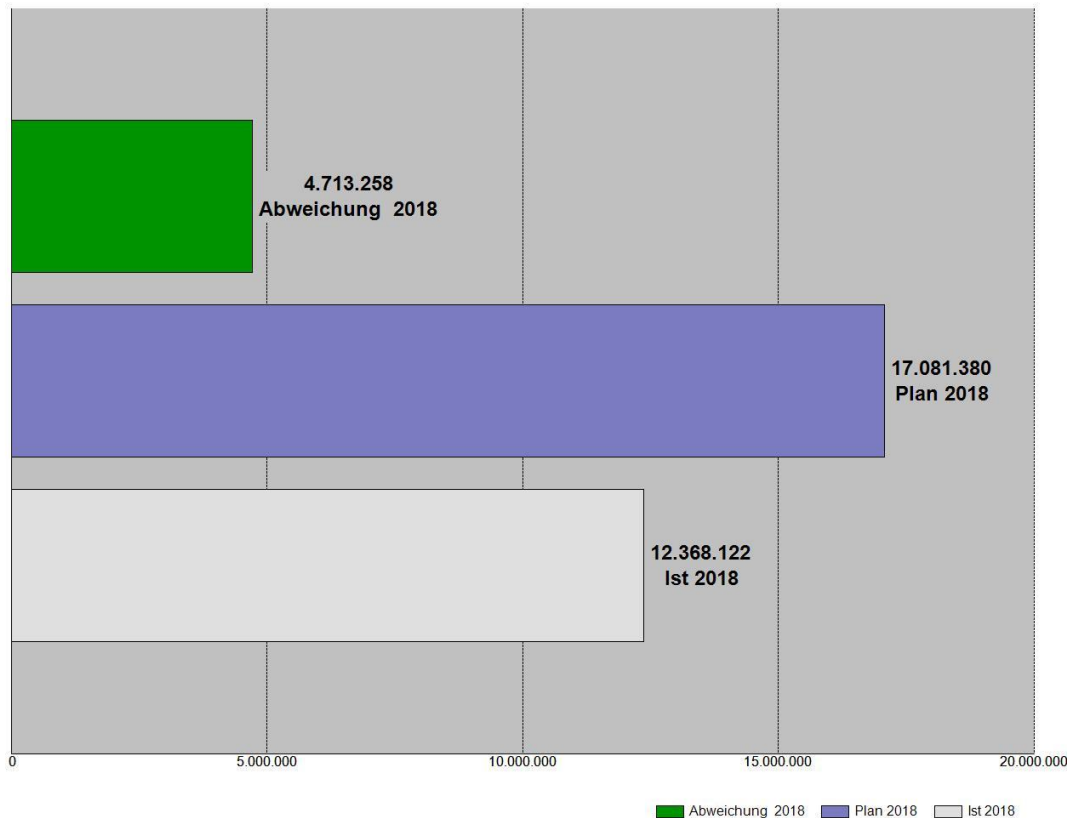
2.4. Ausblick auf die künftige Entwicklung

Ist			Ist	Plan	Veränderung Ist 2017 zu Ist 2018	Veränderung Ist 2018 zu Plan 2019
2015	2016	2017	2018	2019		
18.298.234	15.398.488	16.405.526	17.621.984	17.277.953	1.216.458	-344.031

Der Planansatz 2019 liegt um 344.031 € unter dem Ist 2018. Nachdem das Budget in den letzten Jahren insbesondere vor dem Hintergrund von steigenden Asylbewerber erhöht wurde, wird nun durch die Entspannung im Bereich Asyl ein geringer Mittelbedarf erwartet.

3. LSV-Ausschuss - Beratungen am 27.03.2019, TOP 3 Ö

3.1: Investitionen (Stand 30.04.2019):



Der LSV-Ausschuss hat den Gesamtplan der Investitionen in Höhe von 17.081.380 € **um 4.713.258 € bzw. 28,6 % unterschritten.**

Wesentlich zur Unterschreitung des Investitionsbudgets im Jahr 2018 beigetragen hat der für das Verwaltungsgebäude an der Kolpingstraße verhängte Baustopp. Die geplanten Investitionsmaßnahmen wurden daher nicht umgesetzt. Es wurden hierfür lediglich Ausgaben für Planerhonorare getätigt, die erforderlich und im Rahmen bereits bestehender Verpflichtungen aus Verträgen zu leisten waren.

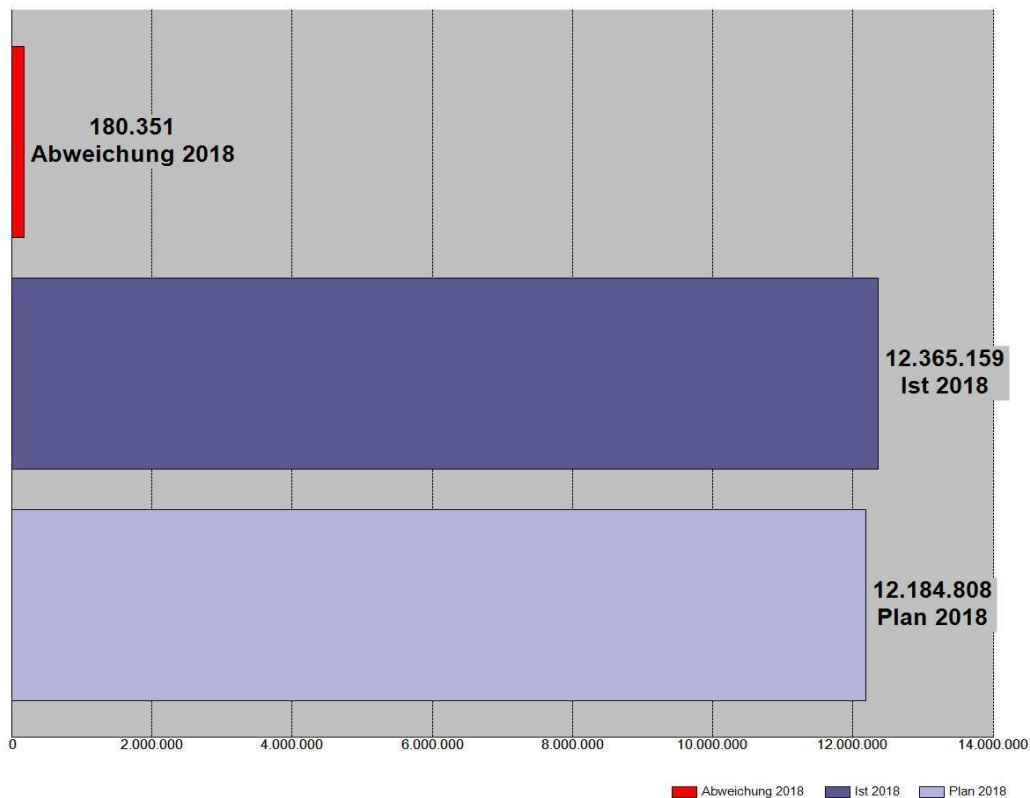
Der Mittelabfluss bei den Investitionen stellt sich seit der Beobachtung wie folgt dar:

	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan %
2008	7.429.851	7.888.174	458.322,90	106,2%
2009	4.337.783	4.894.731	556.947,80	112,8%
2010	9.827.603	10.505.475	677.872,23	106,9%
2011	16.263.606	10.361.199	-5.902.407,23	63,7%
2012	17.970.030	21.923.160	3.953.130,33	122,0%
2013	12.558.880	6.791.900	-5.766.980,19	54,1%
2014	8.937.754	3.928.130	-5.009.624,14	44,0%
2015	3.595.370	4.175.326	579.956,09	116,1%
2016	2.839.620	-600.279	-3.439.898,58	-21,1%

2017	6.061.325	5.725.345	-335.980,29	94,5%
2018	17.081.380	12.368.122	-4.713.258,41	72,4%

Der Netto-Mittelabfluss war mit 12.368.122 im Jahr 2018 deutlich höher als das Investitionsvolumen des LSV-Ausschusses in den letzten zehn Jahren, in welchen jährlich durchschnittlich nur rund 7,6 Mio. € pro Jahr investiert wurden. Der Ausschöpfungsgrad des Planansatzes von 72,4 % ist dagegen im Vergleich verhältnismäßig niedrig.

3.2: Ergebnisrechnung (Stand 30.04.2019):



Der LSV-Ausschuss hat den Gesamtplan in Höhe von 12.184.808 € um **180.351 € bzw. 1,5 % überschritten**.

Das Teilbudget des LSV-Ausschusses beansprucht im Jahr 2018 rund 22 % des kompletten Budgets der **Ergebnisrechnung**, die über die Kreisumlage zu finanzieren ist.

Der Mittelabfluss in der Ergebnisrechnung stellt sich in der Entwicklung seit dem Jahr 2008 wie folgt dar:

	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan %
2008	9.145.615	8.454.634	-690.981	92,4%
2009	10.471.789	10.800.971	329.182	103,1%
2010	9.568.661	8.014.416	-1.554.245	83,8%
2011	9.605.291	9.694.895	89.604	100,9%
2012	10.086.180	9.889.664	-196.516	98,1%
2013	10.576.047	10.335.640	-240.406	97,7%

2014	10.900.633	10.677.701	-222.932	98,0%
2015	11.199.661	10.630.264	-569.398	94,9%
2016	11.596.315	10.645.346	-950.969	91,8%
2017	10.361.105	10.158.651	-202.454	98,0%
2018	12.184.808	12.365.159	180.351	101,5%

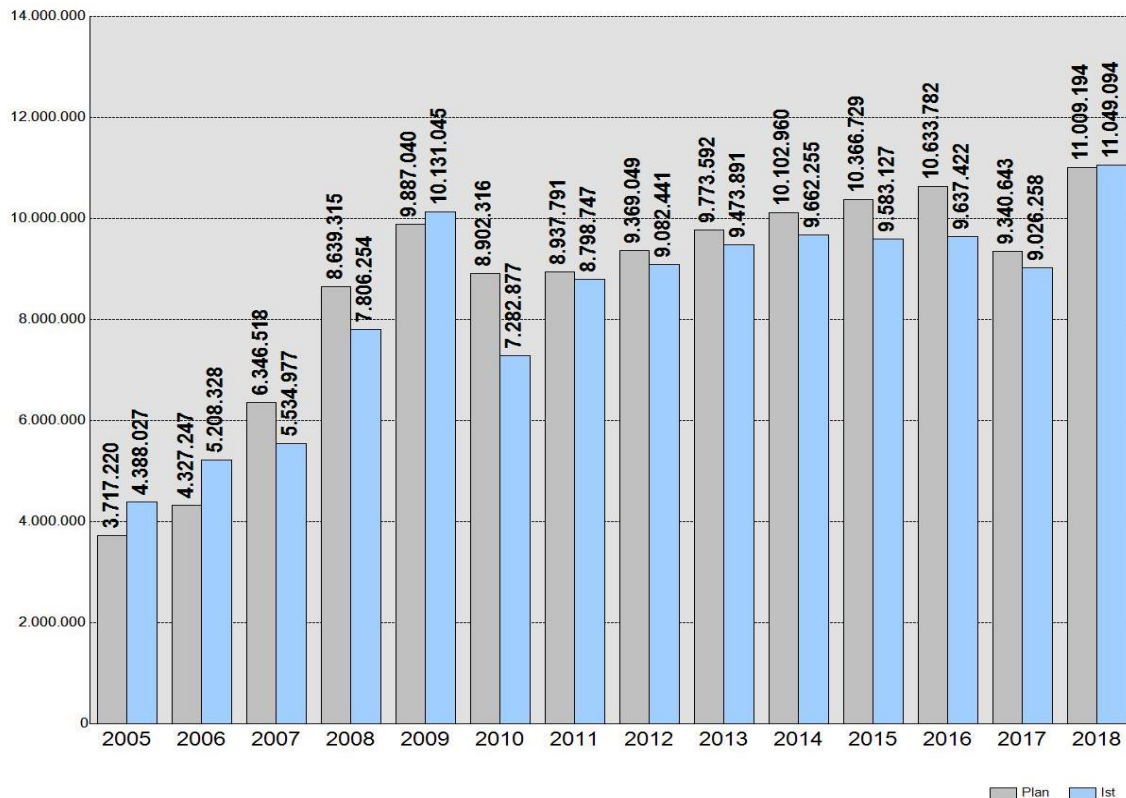
Nachdem das Budget des LSV-Ausschusses seit dem Jahr 2012 teils deutlich unterschritten wurde, kam es 2018 erstmals wieder zu einer geringen Budgetüberschreitung in Höhe von 1,5 %.

3.3 Steuerungsmöglichkeiten

Energetische Sanierungen rücken immer weiter in den Vordergrund, schließlich muss auch der Landkreis seinen Beitrag zur Energiewende leisten. Es ist eine politische Entscheidung, wie hoch die Mittel sind, die für Bauunterhaltsmaßnahmen jährlich zur Verfügung gestellt werden. Nicht unberücksichtigt sollte bleiben, dass die beschlossenen bzw. teilweise bereits realisierten Generalsanierungen ebenfalls Bauunterhaltsmaßnahmen sind, die allerdings in den investiven Bereich verschoben wurden. Dies hat zwei Vorteile:

- Maßnahmen können über (sehr günstige) Kredite finanziert werden
- Die Maßnahmen sind förderfähig, was sie im Unterhaltsbereich nicht wären.

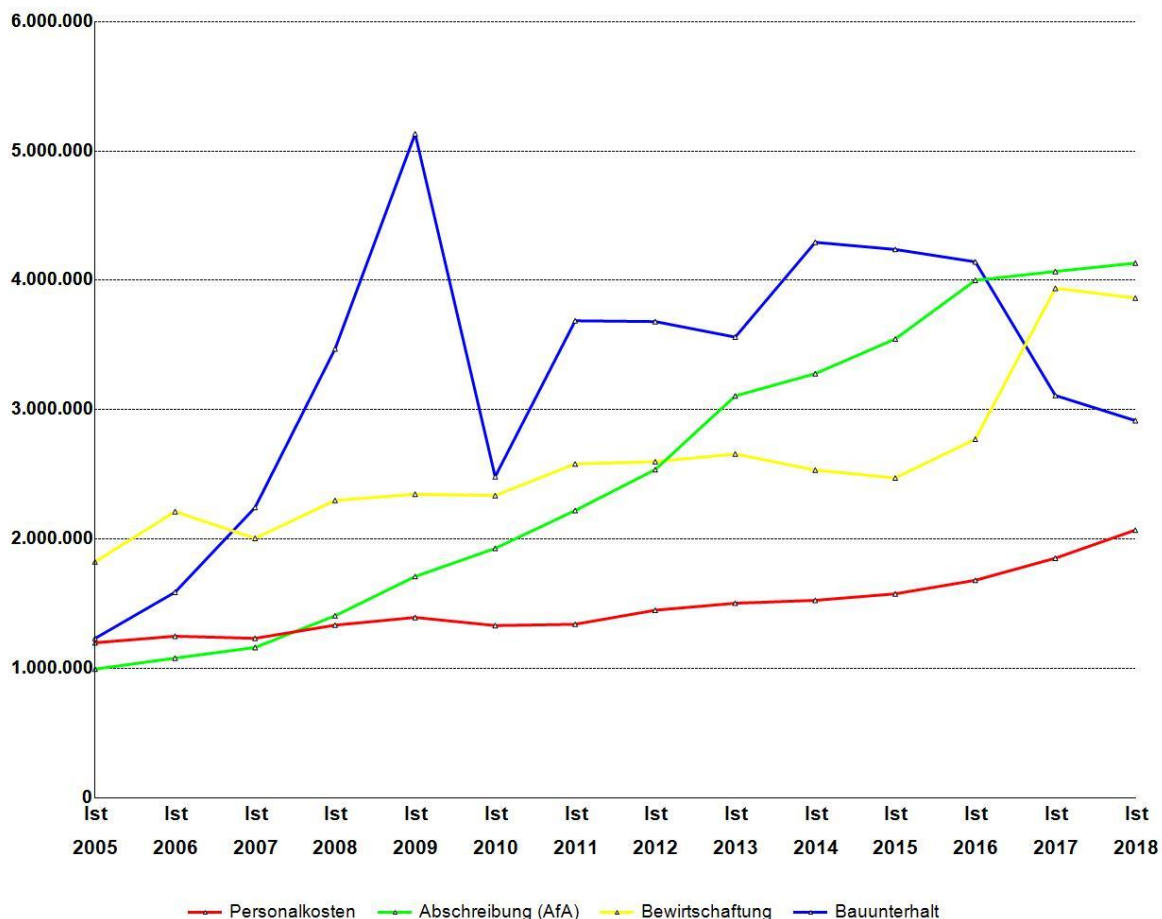
Entwicklung des Gebäudehaushaltes:



Die Mittel für die Liegenschaften des Landkreises wurden bis zum Jahr 2016 jährlich erhöht. Von 2016 auf 2017 sank der Mittelverbrauch um 611.164 € bzw. 6,3 % bevor im Jahr 2018 wieder ein deutlicher Anstieg um 2.022.836 € bzw. 22 % zu verzeichnen war. Mit einer Ab-

weichung von rund 40.000 € wurde hierbei im Plan-Ist-Vergleich im Jahr 2018 eine Punktlandung erzielt.

Die nachfolgende Grafik unterteilt die **Aufwendungen** (ohne Berücksichtigung von Erträgen) in die Positionen Abschreibung, Bauunterhalt, Bewirtschaftung und Personalkosten:



Personalkosten: rote Linie – leicht steigend

Abschreibung: grüne Linie – stark ansteigend

Bewirtschaftung: gelbe Linie – steigend ab 2015

Bauunterhalt: blaue Linie – heterogene Entwicklung, abflachend in den letzten Jahren.

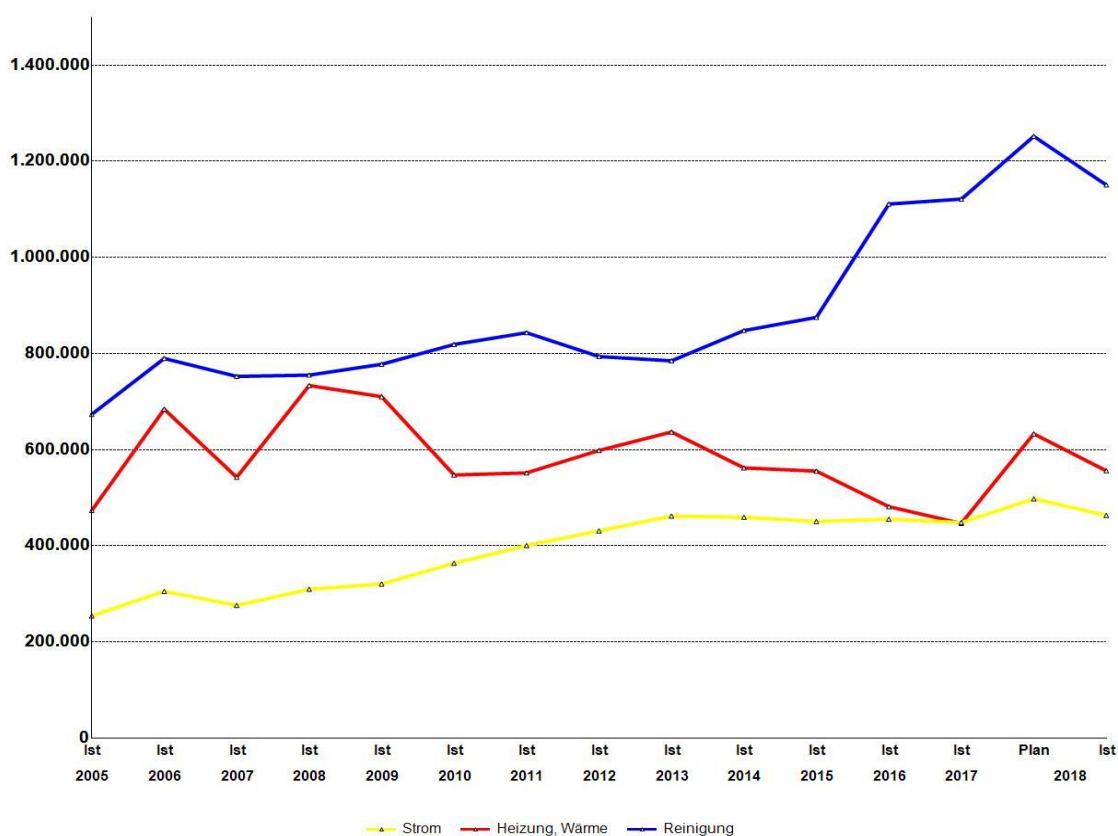
Seit dem Jahr 2016 erfolgt eine Aufteilung der PPP Betriebsleistung in Bewirtschaftung und Bauunterhalt, welche zuvor (mangels Transparenz) zusammen dem Bauunterhalt zugeordnet waren.

Die Entwicklung der einzelnen Unterhaltsarten:

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist
Personal-kosten	1.330.433	1.340.370	1.448.899	1.502.766	1.525.315	1.575.640	1.680.312	1.851.177	2.008.340	2.068.392
Abschreibung (AfA)	1.926.985	2.219.882	2.535.885	3.105.371	3.277.931	3.546.303	3.999.754	4.067.751	4.085.781	4.132.647
Bewirt-schaftung	2.335.267	2.579.933	2.597.338	2.656.868	2.532.361	2.471.325	2.771.340	3.938.378	4.269.271	3.862.723
Bauunterhalt	2.481.213	3.687.107	3.680.719	3.560.683	4.293.566	4.238.330	4.142.477	3.109.452	3.031.180	2.915.014

Die Personalkosten stiegen gegenüber dem Vorjahr deutlich an. Die AfA entwickelt sich weiter steigend. Bei den Bewirtschaftungskosten ist durch die Zuordnung des PPP-Betriebskostenanteils, der für die Bewirtschaftung anfällt, insbesondere 2017 eine starke Steigerung gegeben. Der Planansatz 2018 bei den Bewirtschaftungskosten wurde mit einer Abweichung von rund 407.000 € deutlich unterschritten, was u.a. auf den nicht möglichen Bezug des Verwaltungsgebäudes an der Kolpingstraße zurückzuführen ist. Der starke Rückgang im Bauunterhalt erklärt sich u.a. durch die nun mögliche Aufteilung des PPP-Betriebskostenanteils, welcher zuvor voll im Bauunterhalt enthalten war. Seit dem Jahr 2016 ist der Bauunterhalt rückläufig. Ursächlich für die Reduzierung von 2017 auf 2018 ist u.a. die Kostenstelle 971 Gebäude Straßenmeisterei. Hier fielen im Jahr 2017 Kosten für Dachdeckungsarbeiten an, die 2018 keine entsprechende Veranschlagung mehr fanden.

Betrachtung ausgewählter Bewirtschaftungskosten (Strom, Heizung, Reinigung):



	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist
Strom	363.568	400.342	430.997	461.742	459.297	450.495	455.260	448.312	497.612	463.205
Heizung, Wärme	547.138	551.585	598.206	636.688	561.897	555.197	481.293	446.529	632.785	555.869
Reinigung	818.727	843.151	793.633	784.590	847.593	875.041	1.110.795	1.121.055	1.251.650	1.150.488

Die **Stromkosten** der Liegenschaften haben sich im Zeitraum von 2005 bis 2018 (IST) um **82 % erhöht**. Der Planansatz 2018 wurde wie bereits im Vorjahr geringfügig unterschritten (- 34.407 € bzw. 6,9 %).

Die **Heizkosten** haben sich von 2005 bis 2013 (IST) um **34 % erhöht**. Von 2013 bis 2017 war ein stetiger Rückgang der Heizkosten zu beobachten. Im Jahr 2018 stiegen diese Kosten erstmals wieder an (+ 109.340 € bzw. + 25 %). Diese Entwicklung begründet sich in erster Linie durch die neue Liegenschaft des Verwaltungsgebäudes an der Kolpingstraße, wofür trotz Leerstand Kosten von 78.000 € anfielen.

Die **Reinigungskosten** haben sich im Zeitraum von 2005 bis 2018 stetig erhöht. Insgesamt ist eine **Steigerung von 70 %** festzustellen. Die Reinigungskosten bleiben 2018 um 5.845 € hinter dem Plan 2017 zurück (- 101.162 € bzw. 9 %), da u.a. für das Verwaltungsgebäude an der Kolpingstraße vorgesehene Reinigungsleistungen nicht in Anspruch genommen werden mussten.

3.4 Ausblick auf die künftige Entwicklung

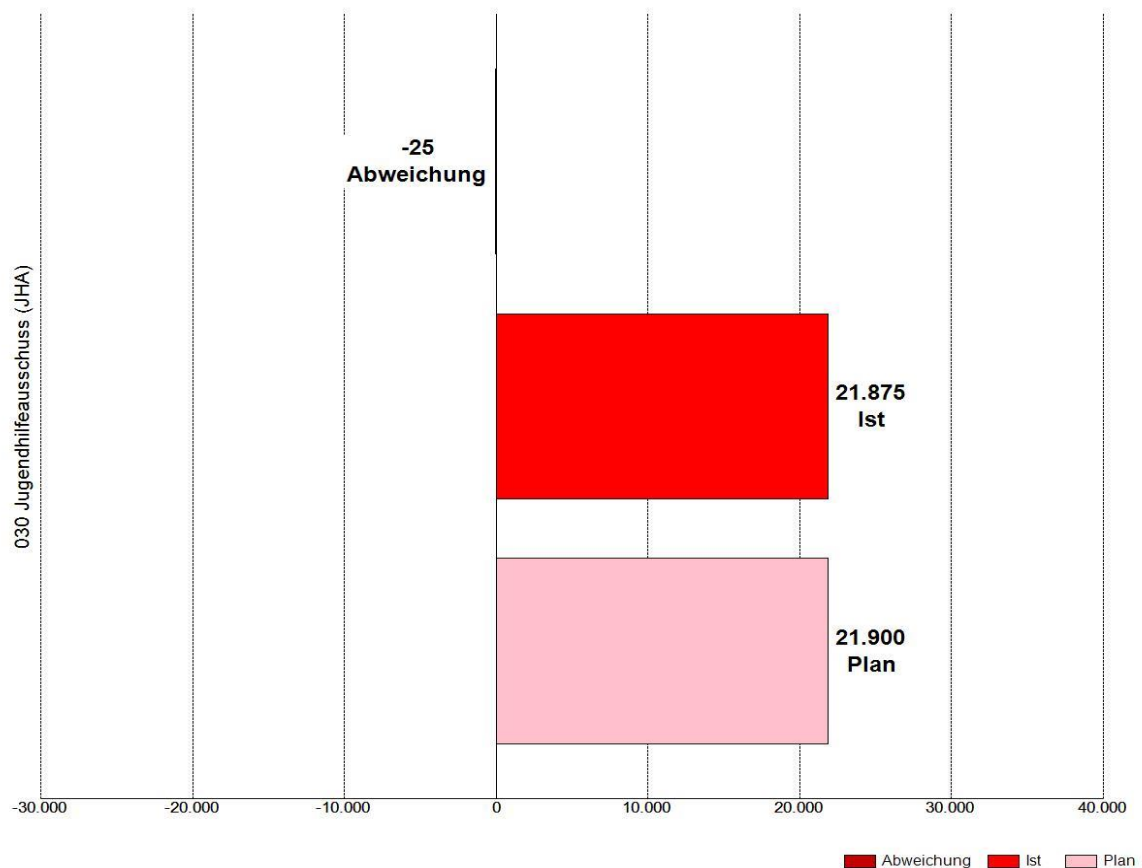
Ist			Ist	Plan	Veränderung Ist 2017 zu Ist 2018	Veränderung Ist 2018 zu Plan 2019
2015	2016	2017	2018	2019		
10.630.264	10.645.346	10.158.651	12.365.159	13.099.269	2.206.508	734.111

Gegenüber dem Ist 2018 wurde der Plan für das Jahr 2019 um 2.206.508 € erhöht. Die Planung 2018 berücksichtigte die entsprechenden Kosten für Bauunterhalt und Bewirtschaftung der neuen Liegenschaft des Verwaltungsgebäudes an der Kolpingstraße.

4. Jugendhilfeausschuss – Beratung am 04.04.2019, TOP 5

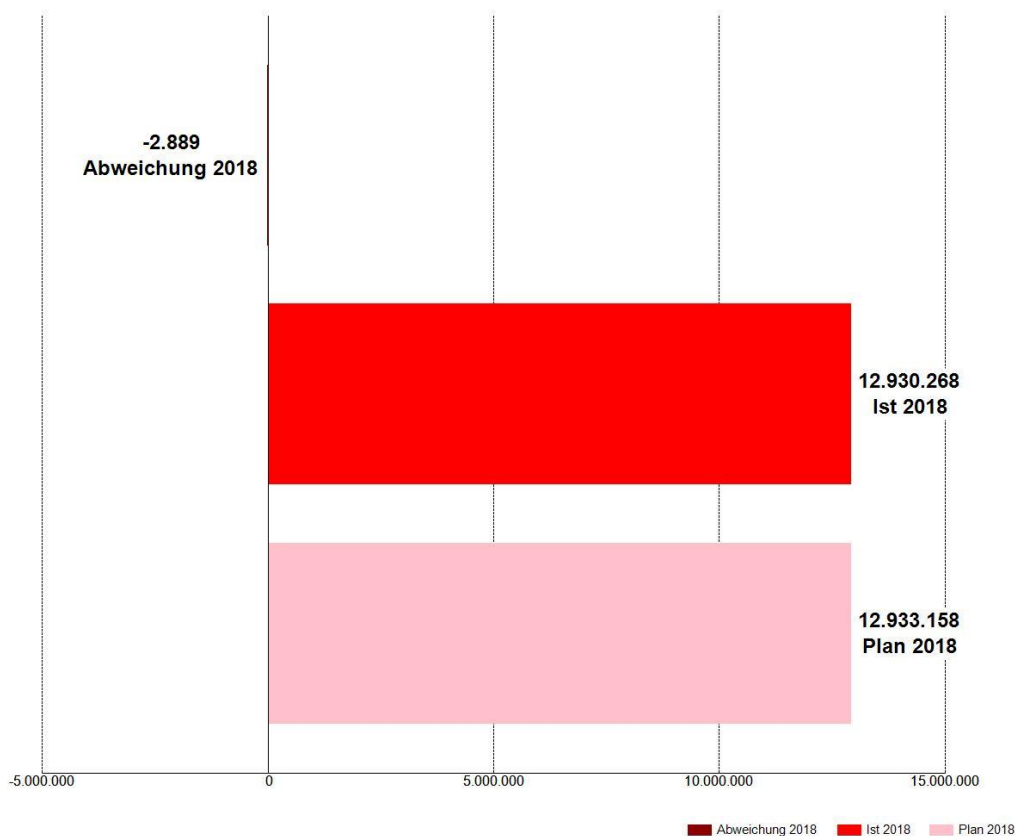
4.1 Investitionen (Stand: 30.04.2019):

Für die **Vermögensrechnung** ist die Jugendhilfe nicht relevant. Folgende Investitionstätigkeit wurde gebucht:



Die Gesamtbetrachtung der Investitionen im Jugendhilfeausschuss zeigt, dass der geplante Betrag von 21.900 € ausgeschöpft wurde. Innerhalb der Einzelinvestitionen ergaben sich einige Verschiebungen. Die erforderlichen über- und außerplanmäßigen Genehmigungen hierfür konnten erteilt werden.

4.2. Ergebnisrechnung (Stand: 30.04.2019):



Detaillierte Darstellung der Kostenstellen:

	2015	2016	2017	2018			
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung in %
230 Jugendamt	11.060.026	10.665.035	11.283.631	12.642.622	11.380.081	-1.262.541	-10,0%
232 Hilfe für junge Volljährige § 41	554.011	924.341	906.610	0	1.172.483	1.172.483	0,0%
231 Kreisjugendring	186.891	186.726	219.508	363.990	372.227	8.237	2,3%
233 umF (unbegleitete minderjährige Flüchtlinge)	227.326	-282.187	-65.596	-140.504	-63.528	76.976	-54,8%
600 Fachabteilung 6, Jugend, Familie und Demografie			88.574	67.050	69.005	1.955	2,9%
030 Jugendhilfeausschuss (JHA)	12.028.254	11.493.915	12.432.728	12.933.158	12.930.268	-2.889	0,0%

Der Jugendhilfeausschuss hat den Gesamtplan in Höhe von 12.933.158 € **um 2.889 € unterschritten**, das ist eine Punktlandung.

Das Budget des Jugendhilfeausschusses war 2018 mit einem Anteil von 23 % des kompletten Budgets der **Ergebnisrechnung** geplant, es schließt mit 22,7 % ab.

Im Rahmen der Eckwerteplanung für das Jahr 2019 wurde für das Jahr 2018 eine Planüberschreitung prognostiziert; damals ging man von einer Überschreitung in Höhe von max.

350.000 € aus. Diese wurde im Rahmen des Budgetberichts korrigiert und auf 159.506 € angepasst.

Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung der Jugendhilfeausgaben im Plan-Ist-Vergleich seit 2005:

	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan %
2005	8.693.190	8.389.492	-303.698	97%
2006	8.627.010	8.775.584	148.574	102%
2007	8.725.143	8.701.461	-23.682	100%
2008	9.282.134	9.671.614	389.480	104%
2009	10.149.606	9.920.253	-229.353	98%
2010	10.399.950	9.929.756	-470.194	95%
2011	9.907.625	10.578.060	670.434	107%
2012	10.415.981	10.430.677	14.696	100%
2013	10.794.757	10.896.900	102.143	101%
2014	11.301.081	11.762.001	460.920	104%
2015	12.095.594	12.028.254	-67.340	99%
2016	13.670.131	11.493.915	-2.176.217	84%
2017	12.751.173	12.432.728	-318.444	98%
2018	12.933.158	12.930.268	-2.889	100%

Die seit dem Haushaltsjahr 2012 verbesserte Prognosegenauigkeit wurde im Jahr 2018 erneut unter Beweis gestellt. Die absolute Planabweichung war im Betrachtungszeitraum noch nie so gering.

4.3 Steuerungsmöglichkeiten

Der Fallzugang an sich lässt sich aufgrund der gesetzlichen Vorgaben im Jugendamt nicht steuern. Im Übrigen besteht nur eine begrenzte Steuerungsmöglichkeit, nachdem das Jugendamt überwiegend Pflichtleistungen zu erbringen hat. Es kommt deshalb darauf an, klare Vorgaben und Ziele zu formulieren, vorhandene Strukturen im Sinne einer gelingenden Netzwerkarbeit besser aufeinander abzustimmen und ausschließlich bedarfsgerechte, wirksame und notwendige Hilfearten anzubieten. Das Jugendamt arbeitet daher weiter an der Entwicklung von Qualitätskennzahlen sowie an der vollständigen Verschriftlichung aller Ablaufstandards. Im Bereich des Pflegekinderdienstes wurden beispielsweise die Standards für die Bereitschaftspflege, für den Mehrbedarf der Familien und für die Unterbringung von Fällen des Bezirkes neu gefasst bzw. vereinheitlicht und damit ein sehr positives Jahresergebnis bei steigender Qualität erzielt.

Die intensiven Untersuchungen der letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass eine schnelle und oberflächliche Steuerung sowie Konzepte ohne planerische und strategisch weitsichtige Überlegungen („Fahren auf Sicht“) lediglich Ausweichbewegungen in andere Hilfearten bewirken und Bedarfe generieren, die enorme Folgekosten nach sich ziehen. Die Jugendhilfeplanung ist deshalb dabei, jede einzelne Hilfe bezüglich der Wirksamkeit und Wechselwir-

kungen zu untersuchen und diese Zahlen zur Entscheidungsfindung zur Verfügung zu stellen.

Umso wichtiger ist es, langfristige Überlegungen anzustellen, wohin sich die Jugendhilfe im Landkreis Ebersberg in den nächsten Jahren entwickeln soll. Auch bei Programmen, Initiativen und Vorschlägen von Bund und Land, des Bayerischen Landesjugendamtes und der Kommunalpolitik ist zu prüfen, ob diese passgenau zur Ausgestaltung im Landkreis Ebersberg beitragen.

4.3 Ausblick auf die künftige Entwicklung

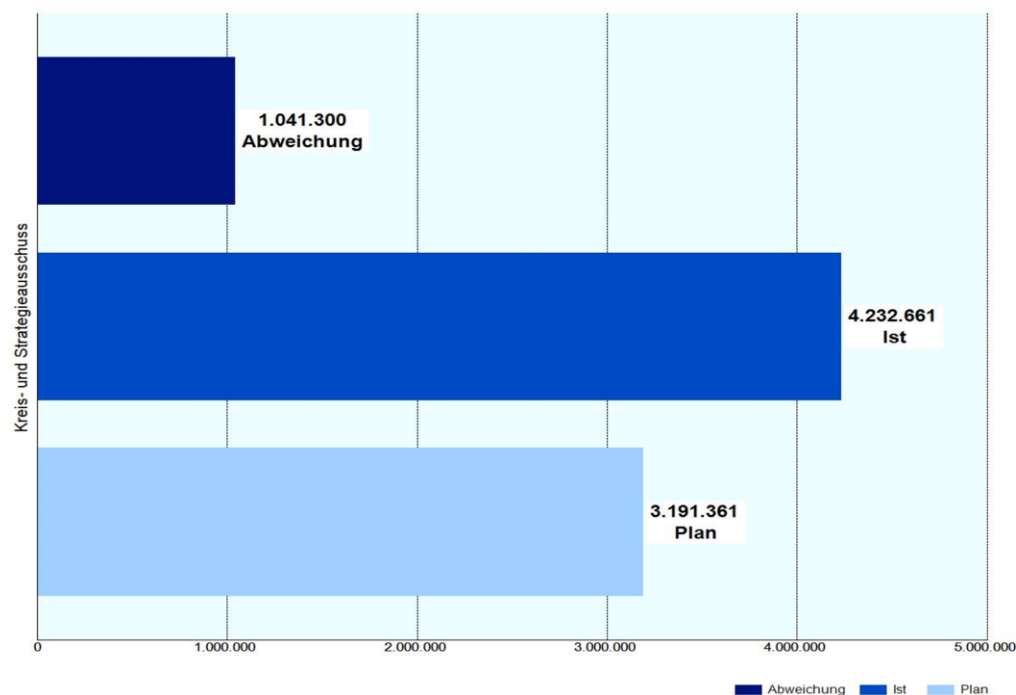
	Ist				Ist	Plan	Veränderung Ist 2017 zu Ist 2018	Veränderung Ist 2018 zu Plan 2019
	2014	2015	2016	2017	2018	2019		
230 Jugendamt	11.475.415	11.060.026	10.665.035	11.283.631	11.380.081	13.153.626	96.449	1.773.546
232 Junge Volljährige § 41		554.011	924.341	906.610	1.172.483		265.873	-1.172.483
231 Kreisju- gendring	207.313	186.891	186.726	219.508	372.227	385.450	152.719	13.223
233 umA	79.273	227.326	-282.187	-65.596	-63.528	-146.246	2.068	-82.719
600 Fachabtei- lung 6				88.574	69.005	68.330	-19.569	-675
JHA	11.762.001	12.028.254	11.493.915	12.432.728	12.930.268	13.461.160	497.540	530.892

Das Jahresergebnis des Jugendhilfeausschusses lag 2018 um 497.540 € bzw. 3,8 % über dem Ergebnis des Vorjahres. Die steigende Entwicklung des Budgets wird sich auch im Jahr 2019 fortsetzen. Der Planansatz 2019 liegt um 530.892 € bzw. 4,1 % über dem Ist-Budget des Jahres 2018.

Vom jetzigen Standpunkt erscheint die Einhaltung des Plans 2019 nur erreichbar, wenn die Erträge auf einem ähnlich hohen Niveau wie 2018 bleiben und die Fallzahlen insbesondere in den stationären Hilfen wieder sinken.

5. Kreis- und Strategieausschuss – Beratungen am 06.05.2018 TOP 6 Ö

5.1 Investitionen (Stand: 30.04.2019)



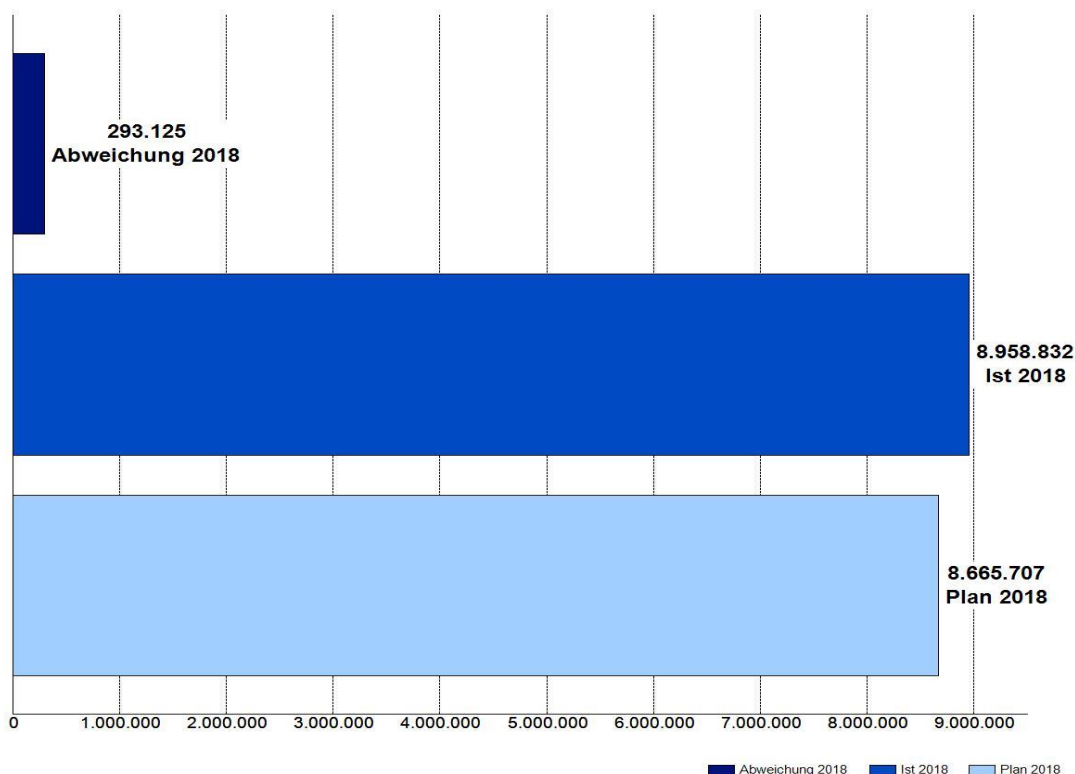
Für das Jahr 2018 waren 3.191.361 € an Investitionen im KSA geplant. Tatsächlich ergab sich eine Überschreitung dieses Ansatzes in Höhe von 1.041.300 €.

Der Mittelabfluss bei den Investitionen stellt sich seit der Beobachtung wie folgt dar:

	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan %
2008	1.093.655	6.303.874	5.210.219	576,4%
2009	3.645.329	-8.147.852	-11.793.181	-223,5%
2010	-4.072.016	-8.319.720	-4.247.704	204,3%
2011	9.826.340	1.115.582	-8.710.758	11,4%
2012	11.330.582	1.938.910	-9.391.672	17,1%
2013	3.757.253	2.188.266	-1.568.987	58,2%
2014	6.532.011	5.480.244	-1.051.767	83,9%
2015	9.344.837	7.032.734	-2.312.103	75,3%
2016	4.303.564	-20.857	-4.324.421	-0,5%
2017	3.142.586	2.423.442	-719.144	77,1%
2018	3.191.361	4.232.661	1.041.300	132,6%

Nachdem der Investitionsansätze in der Vergangenheit teils deutlich unterschritten wurden, ergab sich 2018 erstmals wieder eine Planüberschreitung von rund 32,6 %, welche in erster Linie auf Abweichungen im Bereich der Kreisklinik zurückzuführen ist.

5.2 Ergebnisrechnung (Stand:30.04.2019)

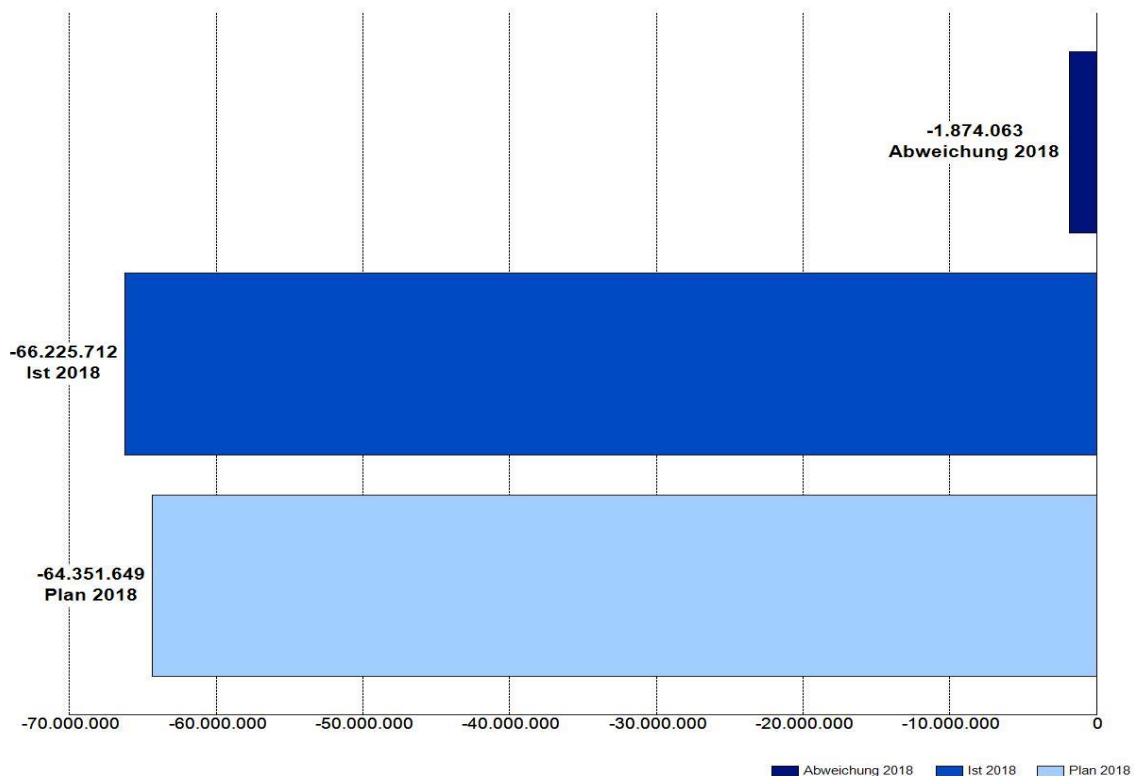


Der KSA hat den Gesamtplan in Höhe von 8.665.707 € **um 293.125 € überschritten**, das sind 3,4 %. Die Planungsqualität der diesem Fachausschuss zugeordneten Kostenstellen war damit verhältnismäßig hoch und stellt eine der geringsten prozentualen Abweichungen im Betrachtungszeitraum dar.

	Plan	Ist	Abweichung	Abw. in %
2008	4.269.049	5.532.542	1.263.494	29,6%
2009	4.182.641	5.324.150	1.141.509	27,3%
2010	4.699.174	5.197.077	497.903	10,6%
2011	4.777.265	5.401.061	623.795	13,1%
2012	4.689.579	5.572.801	883.222	18,8%
2013	5.062.975	6.104.985	1.042.010	20,6%
2014	6.473.838	6.721.906	248.068	3,8%
2015	6.688.198	8.513.138	1.824.941	27,3%
2016	6.869.258	7.941.077	1.071.819	15,6%
2017	8.209.281	8.225.890	16.608	0,2%
2018	8.665.707	8.958.832	293.125	3,4%

In den letzten zehn Jahren wurde das geplante Budget des KSA regelmäßig überschritten. Die prozentualen Überschreitungen bewegten sich dabei in einem Rahmen von 0,2 % bis 29,6 %.

1.3 Finanzierung des Kreishaushalts – Kostenstelle 020 (Stand: 30.04.2019):



Bei der Finanzierung wurden die Erträge **um 1.874.063 € bzw. 2,9 % überschritten**. Diese Mehrerträge resultieren in erster Linie aus dem höheren Kommunalanteil an der Grunderwerbsteuer für den Landkreis. Hier waren Erträge von 4,5 Mio. € geplant. Tatsächlich erhielt der Landkreis allerdings rund 6,4 Mio. € und damit 42 % mehr als in der Planung vorgesehen war.

Im Jahr 2018 betrug das Zinsergebnis 433.900 € für ein Kreditportfolio von rund 39,6 Mio. Euro (Stand: 31.12.2018), das entspricht einem durchschnittlichen Zinssatz von 1,0 % (netto, d.h., Zinsaufwand für Kredite abzüglich Zinsertrag für Guthaben). Dazu kommen noch 277.874 € Zinsen für die PPP-Verbindlichkeiten am Gymnasium Kirchseeon.

5.3. Steuerungsmöglichkeiten

Einen „Overhead“ wird es immer geben (müssen). Steuerungsmöglichkeiten in diesem Bereich werden im Wesentlichen nur im Rahmen der Personalausstattung gesehen. Der Überstundenanteil in diesem Bereich ist sehr hoch. Gerade aktuelle Ereignisse führen immer wieder zu zusätzlichen Belastungen außerhalb des Tagesgeschäftes. Der enorme Personalaufwuchs im sozialen Bereich führte, wenn auch zeitverzögert, in den Querschnittsbereichen zu weiteren Mehrbelastungen. Darüber hinaus binden zunehmend Themen, welche im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Verwaltung im Landratsamt stehen personelle Kapazitäten.

5.4. Ausblick auf die künftige Entwicklung

Ist			Ist	Plan	Veränderung Ist 2017 zu Ist 2018	Veränderung Ist 2018 zu Plan 2019
2015	2016	2017	2018	2019		
8.513.138	7.941.077	8.225.890	8.958.832	9.122.260	732.942	163.429

Der Planansatz für das Jahr 2019 liegt mit 9.122.260 € um 163.429 € über dem Ist-Ergebnis 2018.

Das Ist-Ergebnis des Kreis- und Strategiausschusses hat sich von 2017 auf 2018 um 732.942 € erhöht. Der Planansatz 2019 sollte nach heutiger Erkenntnis auskömmlich sein.

Auswirkung auf Haushalt:

ULV-Ausschuss:

Das Budget des ULV-Ausschusses 2018 wurde gegenüber dem Planansatz **um 169.513 € unterschritten**, das sind 3,2 %. Die Investitionen wurden um **3.752.343 € unterschritten**, das sind 94 %, geplant waren 3.987.150 €.

SFB-Ausschuss:

Das Budget des SFB-Ausschusses wurde 2018 gegenüber dem Planansatz um **514.015 € überschritten**, das sind 3 %.

Die Investitionen wurden um **578.342 € unterschritten**, das ist 41 %.

LSV-Ausschuss:

Das Teilbudget des LSV-Ausschusses (Ergebnisrechnung) wurde 2018 gegenüber dem Planansatz **um 180.351 € bzw. 1,5 % überschritten**.

Die Investitionen wurden **um 4.713.258 € bzw. 28,6 % unterschritten**.

Jugendhilfeausschuss:

Das Teilbudget des Jugendhilfeausschusses 2018 wurde gegenüber dem **Planansatz um 2.889 € unterschritten**, das entspricht einer Punktlandung. Die Investitionen wurden **um 25 € unterschritten**.

Kreis- und Strategiausschuss:

Das Budget des Kreis- und Strategiausschusses 2018 wurde gegenüber dem Planansatz um **293.125 € überschritten**, das sind **3,4 %**.

Bei der Finanzierung entstand eine Überdeckung (Mehrerträge) in Höhe von **1.874.063 € bzw. 2,9 %**.

Die Investitionen im Kreis- und Strategiausschuss wurden um **1.041.300 € bzw. 32,6 % überschritten**.

Gesamtzusammenfassung Ergebnis 2018:

Das geplante Gesamtergebnis mit einem Ergebnisüberschuss in Höhe von 8.080.321 € wurde um 1.058.975 € übertroffen und lag bei 9.139.297 €.

	IST	PLAN	IST	Vergleich IST/PLAN
	2017	2018	2018	2018
KSA	8.225.890	8.665.707	8.958.832	293.125
SFB	16.405.526	17.107.969	17.621.984	514.015
LSV	10.158.651	12.184.808	12.365.159	180.351
ULV	4.843.676	5.379.686	5.210.172	-169.513
JHA	12.432.728	12.933.158	12.930.268	-2.889
FIN	-63.411.609	-64.351.649	-66.225.712	-1.874.063
Gesamt	-11.345.138	-8.080.321	-9.139.297	-1.058.975

Gesamtzusammenfassung Investitionen 2018:

Von den geplanten Investitionen in Höhe von 25.976.829 Mio. € sind letztlich „nur“ 17.713.167 € abgeflossen.

	PLAN	IST	Vergleich IST/PLAN
	2018	2018	2018
Gesamtsumme Investitionen KSA	3.191.361	4.232.661	1.041.300
Gesamtsumme Investitionen SFB	1.409.538	831.196	-578.342
Gesamtsumme Investitionen LSV	17.081.380	12.368.122	-4.713.258
Gesamtsumme Investitionen ULV	4.272.650	259.314	-4.013.336
Gesamtsumme Investitionen JHA	21.900	21.875	-25
Summe Investitionen Landkreis Ebersberg	25.976.829	17.713.167	-8.263.662

Entwicklung der liquiden Mittel des Landkreises:

Die liquiden Mittel haben sich nach einem kontinuierlichen Rückgang ab dem Jahr 2010 und dem Tiefststand im Jahr 2015 in Höhe von 5 Mio. € bis 2017 auf einen Stand von fast 29 Mio. € erholt. Im Jahr 2018 haben sich die liquiden Mittel des Landkreises allerdings wieder deutlich auf einen Stand zum 31.12.2018 von 12,9 Mio. € reduziert.

Stand der liquiden Mittel zum 31.12.	Landkreis Gesamt in €	Veränderung Landkreis Gesamt in €	Landkreis Einzel in €	Veränderung Landkreis einzeln in €	KAW in €	Veränderung KAW in €
2010	34.237.006,41	4.132.426,68	24.874.977,91	3.456.632,59	9.362.028,50	675.794,09
2011	19.894.973,44	-14.343.775,76	10.509.360,67	-14.365.617,24	9.385.612,77	23.584,27
2012	9.136.005,83	-10.758.967,61	2.830.810,13	-7.678.550,64	6.306.129,75	-3.079.483,02
2013	15.248.426,50	6.112.420,67	6.245.188,17	3.414.378,04	9.003.238,34	2.697.108,59
2014	14.393.037,57	-855.388,93	6.210.156,66	-35.031,51	8.021.118,86	-982.119,48
2015	12.337.678,75	-2.055.358,82	5.093.874,49	-1.116.282,17	7.243.804,26	-777.314,60
2016	21.456.304,26	9.118.625,51	14.444.200,69	9.350.326,20	7.012.103,57	-231.700,69
2017	28.960.244,81	7.503.940,55	21.928.683,21	7.484.482,52	7.031.561,60	19.458,03
2018	12.888.120,50	-16.072.124,31	6.133.375,65	-15.795.307,56	6.754.744,85	-276.816,75

Entwicklung der Warnindikatoren aus der Finanzleitlinie:

Im Jahr 2018 entwickelten sich die fünf Warnindikatoren aus der Finanzleitlinie wie folgt:

1. Warnindikator Schuldenabbau: Verbesserung gegenüber dem Vorjahr um 5% auf nun 29%.
2. Warnindikator Ergebnisüberschüsse: Mit einem Ergebnisüberschuss von 9,1 Mio. € bzw. 19,6 % der Verschuldung liegt der Indikator deutlich über den vorgegebenen Mindestwert von 2 Mio. € bzw. 4% der Verschuldung.
3. Warnindikator Schuldendienst: Zins und Tilgung dürfen nicht mehr als 6,8 Mio. € betragen. 2018 betragen diese 4,8 Mio. € und damit 460.000 € weniger als 2017.
4. Warnindikator Schuldenstand: Er darf 65% des Gesamtbetrags der jährlichen Aufwendungen der Ergebnisrechnung nicht überschreiten, was mit einem Wert von 29 % in 2018 erfüllt ist.
5. Warnindikator Eigenfinanzierungsanteil: Investitionen von 17,7 Mio. € stehen nur der Abschluss eines Kreditvertrages i.H.v. 3,1 Mio. € gegenüber, wodurch die der maximale Fremdfinanzierungsanteil von 75 % deutlich unterschritten wird.

Die Warnindikatoren konnten sich überwiegend gegenüber dem Vorjahr verbessern.

Der zusammenfassende Bericht über den Jahresabschluss 2018 aus den einzelnen Fachausschüssen wird zur Kenntnis genommen.

II. Beschlussvorschlag:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Im nächsten Jahr wird in dieser Form über das Jahresergebnis 2019 berichtet.

gez.

Simone Riedl